



Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

Stand: 10.08.2021

Fragen und Antworten

Was will die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»?

Die Initiantinnen und Initianten der sogenannten 99%-Initiative fordern eine stärkere Besteuerung hoher Kapitaleinkommen. Ab einem bestimmten Betrag sollen Kapitaleinkommen bei der Steuerberechnung stärker gewichtet und anderthalbfach gezählt werden.

Die dadurch generierten Mehreinnahmen sollen für Steuerermässigungen für Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für die soziale Wohlfahrt eingesetzt werden.

Was bedeutet Kapitaleinkommen bzw. was wird darunter verstanden?

Hierbei handelt es sich um das Entgelt für das Zurverfügungstellen von Kapital. Man kann darunter zum Beispiel Zinsen, Dividenden, Erträge aus Vermietung und Gewinne aus dem Verkauf von Vermögenswerten (zum Beispiel von Wertpapieren oder Grundstücken) verstehen. Eine selbständige Erwerbstätigkeit besteht aus dem kombinierten Einsatz von Arbeit und Kapital, daher ist ein Teil des dadurch erzielten Einkommens als Kapitaleinkommen zu betrachten. Im Steuerrecht ist der Begriff nicht definiert.

Warum empfehlen Bundesrat und Parlament, die Initiative abzulehnen?

Für Bundesrat und Parlament schwächt die Initiative den Standort Schweiz und die Anreize, zu sparen und damit Kapital aufzubauen. Kapital wird benötigt, um neue Unternehmen gründen und neue Investitionen tätigen zu können. Der Aufbau von Kapital schafft somit Arbeitsplätze und steigert die Produktivität. Dies durch höhere Steuern zu behindern, hat schädliche Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wohlstand. Im internationalen Vergleich wird Kapital in der Schweiz bereits recht hoch besteuert.

Bundesrat und Parlament sehen keinen Handlungsbedarf, denn in der Schweiz sind die Einkommen vor Umverteilung, das heisst vor Abzug der Steuern und Erhalt von Sozialleistungen, gleichmässiger verteilt als in den meisten anderen OECD-Ländern.

Zudem findet heute bereits eine bedeutende Umverteilung statt. Die Umverteilung von Einkommen erfolgt in der Schweiz vor allem über Sozialleistungen. Den grössten Teil der Sozialleistungen bilden die Altersvorsorge, die Gesundheitskosten sowie die Invaliden- und die Arbeitslosenversicherung. Ein weiterer Teil der Umverteilung findet über Steuern statt: Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern zahlen einkommensstarke Personen

prozentual mehr als einkommensschwache. Dadurch tragen diese Steuern zur Umverteilung bei.

Wie sind Einkommen und Vermögen in der Schweiz im Vergleich mit anderen OECD-Ländern verteilt?

Im internationalen Vergleich sind die Einkommen vor Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz gleichmässig verteilt.

Die mit Steuerdaten gemessene Vermögenskonzentration in der Schweiz ist im internationalen Vergleich hoch. Sie wird jedoch überschätzt und muss relativiert werden, insbesondere, weil in diesen Daten die steuerbefreiten Rentenvermögen nicht abgebildet sind.

Warum und wie funktioniert die Umverteilung in der Schweiz bereits heute?

Die Umverteilung von Einkommen erfolgt in der Schweiz vor allem über Sozialleistungen. Den grössten Teil der Sozialleistungen bilden die Altersvorsorge, die Gesundheitskosten sowie die Invaliden- und die Arbeitslosenversicherung.

Im Jahr 2018 betragen die Ausgaben für Sozialleistungen gesamthaft etwa 177 Milliarden Franken. Das entspricht rund einem Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung. Dieser Anteil ist seit den 1990er Jahren gestiegen und hat der zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten entgegengewirkt. Mithilfe von Sozialleistungen leben weniger Menschen unter der Armutsschwelle.

Ebenso tragen die Steuern zur Umverteilung bei: Die Tarife für Einkommens- und Vermögenssteuern sind progressiv ausgestaltet. Dies bedeutet, dass einkommensstarke Personen prozentual mehr Steuern zahlen als einkommensschwache. Beispielsweise verdient das einkommensstärkste Prozent der Bevölkerung gut 10 % des Gesamteinkommens, bezahlt aber rund 40 % der direkten Bundessteuer.

Warum ist die Standortattraktivität der Schweiz so wichtig?

Die Schweiz ist als Standort attraktiv, wenn sie günstige Bedingungen für die Standortwahl von Unternehmen und die Wohnsitzwahl von qualifizierten Arbeitskräften bietet.

Da die Schweiz weder den Vorteil eines grossen Binnenmarktes hat, noch reich an Rohstoffen ist oder einen Meeranschluss hat, ist sie besonders auf attraktive Rahmenbedingungen angewiesen. Attraktive Rahmenbedingungen sind zum Beispiel attraktive Steuern, politische Stabilität, Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften oder eine leistungsfähige Infrastruktur.

Warum ist es wichtig, dass Kapital angespart werden kann?

Kapital ist essentiell, wenn es darum geht, neue Unternehmen zu gründen und in bestehende Unternehmen zu investieren – sei es für Innovationen oder für den Ausbau von Produktionskapazitäten. Kann Kapital gespart und investiert werden, schafft dies Arbeitsplätze und steigert die Produktivität.

Wer wäre bei einer Annahme der 99%-Initiative am meisten von der höheren Besteuerung betroffen?

Je nach Ausgestaltung könnten deutlich mehr Personen von der höheren Besteuerung betroffen sein, als die Initiative vorgibt.

Betroffen könnten unter anderem auch Selbständige, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wie zum Beispiel Familienunternehmen oder Start-ups sein.

Umgekehrt würden gewisse Personen von der Umverteilung des Mehrertrags profitieren. Wie gross diese Personengruppe wäre, ist unklar, weil die Umsetzung der Initiative völlig offen ist.

Warum ist die Umsetzung der Initiative völlig offen?

Über die konkrete Ausgestaltung der Initiative würde bei einer Annahme das Parlament entscheiden. Es müsste unter anderem festlegen

- welche Einkünfte unter den Begriff des Kapitaleinkommens fallen,
- ab welchem Betrag die höhere Besteuerung greift und
- wie die Umverteilung des dadurch erzielten Mehrertrags ausgestaltet wird.

Gemäss den Initiantinnen und Initianten sollen der Eigenmietwert, das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit und Renten von der höheren Besteuerung ausgenommen werden. An diesen Vorschlag ist das Parlament aber nicht gebunden.

Wie könnten die neuen Beträge in der Steuerberechnung aussehen?

Kapitaleinkommen sollen bei der Steuerberechnung ab einem bestimmten Betrag anderthalbfach gezählt werden, das heisst um 50% stärker gewichtet werden als andere Einkommensarten. Die Höhe dieses Betrags wäre bei Annahme der Initiative durch das Parlament zu bestimmen. Die höhere Besteuerung würde sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene gelten.

Die folgende Tabelle zeigt das steuerbare Einkommen heute und bei Annahme der Volksinitiative. Im vereinfachten Beispiel wird von 100 000 Franken als Grenze für die höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen ausgegangen.

	Steuerbar heute	Steuerbar bei der Annahme der Initiative
Arbeitseinkommen (z. B. Lohn) 150 000	150 000	150 000
Kapitaleinkommen (z. B. Zinsen oder Einkünfte aus Vermietung) 150 000	150 000	175 000 <small>100 000 × 100 % + 50 000 × 150 % = 175 000</small>

Bei Annahme der Volksinitiative würde in diesem Beispiel das Kapitaleinkommen bis 100 000 Franken in der tatsächlichen Höhe versteuert (100 %); der darüber liegende Betrag von 50 000 Franken würde neu anderthalbfach gezählt werden (150 %). Die Besteuerung des Arbeitseinkommens wäre von der Initiative nicht berührt und würde unverändert bleiben.

Für die Berechnung der Steuern ist neben dem steuerbaren Einkommen auch der Steuersatz massgebend. Zu den Steuersätzen macht die Initiative keine Vorgaben. Ihre Bestimmung läge somit weiterhin in der Kompetenz von Bund und Kantonen. Wenn die Steuersätze nicht angepasst werden, würden Personen für Kapitaleinkommen ab einem bestimmten Betrag mehr Steuern zahlen.

Welche Auswirkungen könnte die Volksinitiative haben?

Wegen der höheren Besteuerung von Kapitaleinkommen könnte es zu Verhaltensanpassungen und vermehrten Anstrengungen zur Steueroptimierung kommen. Personen mit hohem Kapitaleinkommen könnten zum Beispiel ihren Wohnsitz verlegen oder ihr Sparverhalten ändern, weil das Einkommen, das mit dem angesparten Kapital erzielt wird, stärker besteuert wird.

Eine Umsetzung der Initiative hätte nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Kantonsebene Auswirkungen: Zum einen würde die höhere Besteuerung ebenso auf kantonaler Ebene gelten, zum anderen müssten auch die Kantone den Mehrertrag umverteilen.

Wie hoch sind die geschätzten Mehreinnahmen?

Es gibt keine Schätzungen zu den von den Initiantinnen und Initianten erhofften Mehreinnahmen. Einerseits, weil offen ist, wie die Initiative umgesetzt werden würde. Andererseits könnten von der Initiative betroffene Personen ihren Wohnsitz verlegen, um der höheren Besteuerung zu entgehen. Zudem ist auch die Datenlage ungenügend. Die von den Initiantinnen und Initianten erhofften Mehreinnahmen dürften jedoch kaum eintreffen, da Kapitaleinkommen sehr steuerempfindlich ist.